

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 7. Mai 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 95 Anfrage Lichtsteiner-Achermann Inge und Mit. über Massnahmen gegen Schlepperkriminalität im Kanton Luzern / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Inge Lichtsteiner-Achermann ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Inge Lichtsteiner-Achermann: Aufgrund der Antwort des Regierungsrates stelle ich fest, dass der Prozess mit den überführten Schleppern sehr gut verläuft und die erforderlichen Schritte eingeleitet werden, sei es für die Täter oder die eingeschleusten Personen, die dem normalen Asylverfahren zugeteilt werden. Das Verhaften von solchen Schleppern ist jedoch mehr oder weniger dem Zufall überlassen. So werden sie zum Beispiel bei präventiven Polizeikontrollen erwischt und überführt. Wie die Regierung schreibt, bestehen Strukturen zur Bekämpfung des Menschenschmuggels in der Schweiz respektive im Kanton Luzern. Diese jedoch umzusetzen, scheitert wie in vielen anderen Fällen infolge der fehlenden Personalressourcen der Luzerner Polizei. Mit 20 bis 30 registrierten Fällen auf dem Kantonsgebiet ist es nicht die grosse Menge an Schlepperaktivitäten. Es ist aber anzunehmen, dass die Dunkelziffer doch um einiges höher ist. Wir stellen fest, dass die Luzerner Polizei und somit auch der Kanton Luzern vermehrt und in grossem Ausmass mit kriminellen Aktivitäten auf dem Kantonsgebiet konfrontiert sind. Um diese effektiv zu bekämpfen, braucht es gemäss Regierung personelle Ressourcen und griffige Massnahmen. Die Gefahr besteht, dass der Kanton zum Eldorado im Bereich verschiedener krimineller Aktivitäten aufsteigt oder vielleicht teilweise schon dort angekommen ist. Das ist nicht neu, und es ist bekannt und wird auch mit der Anfrage A 95 über die Entwicklung bei der Kriminalität mit Betäubungsmitteln im Kanton Luzern deutlich. Die personellen Ressourcen der Polizei sind gesprochen und werden ausgebaut. Auf der anderen Seite entwickelt sich die Kriminalität schnell und agil. Irgendwie habe ich das Gefühl, dass diese Aufstockungen doch nicht zu greifen vermögen und man nicht vom Fleck kommt. Die Mitte-Fraktion macht sich schon länger Gedanken darüber. Es kann nicht sein, dass immer mehr Personal bei der Polizei so wenig Wirkung zeigt. Wir werden das Thema weiterverfolgen.

Andy Wandeler: Die Schlepperkriminalität ist ein komplexes Problem für den Kanton Luzern, das auch die Ressourcen und Kapazitäten der zuständigen Behörden fordert. Die Schlepperkriminalität ist ein grenzüberschreitendes Phänomen. Die effektive Bekämpfung erfordert daher eine enge nationale und internationale Zusammenarbeit. In der Schweiz sind die entsprechenden Strukturen zwischen Bund und Kantonen gut etabliert. Die Möglichkeiten bei der Luzerner Polizei für eine effektive Bekämpfung des Problems sind beschränkt vorhanden. Die SVP-Fraktion fordert deshalb, die personellen Ressourcen für die Bekämpfung

der organisierten Kriminalität und der Prävention zusätzlich zu erhöhen. Rechtswidrige Aufenthalte werden durch die Kontrolltätigkeit der Luzerner Polizei in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit geahndet. Die Fallzahlen sind aber ernüchternd, da es sich um Zufallsfunde handelt. Die Polizeipatrouillen sind durch ihre Kontrolltätigkeit im gesamten Kantonsgebiet präventiv unterwegs. Die Luzerner Polizei führt Kontrollen und Ermittlungen, aber auch Spezialkontrollen in den Bereichen Sexgewerbe, Gastgewerbe, Baugewerbe und Drogenhandel sowie Abklärungen illegaler Aufenthalte in der Schweiz durch. Personen, die in Verdacht der rechtswidrigen Ein- und Ausreise oder des rechtswidrigen Aufenthalts stehen, werden vorläufig festgenommen, und strafrechtliche Ermittlungen werden an die Hand genommen. Bei ausländischen Personen prüft das Amt für Migration zudem ausländerrechtliche Massnahmen. Mögliche Massnahmen sind Wegweisung, Einreiseverbot, Ausschaffung oder zwangsweise Rückführung. Die Luzerner Polizei ist zuständig für die Bekämpfung der Schlepperkriminalität auf dem Kantonsgebiet. Die Staatsanwaltschaft leitet bei durch die Polizei festgestellter Schlepperkriminalität die strafrechtliche Untersuchung. Für die ausländerrechtlichen Massnahmen ist das Amt für Migration zuständig. Die Strukturen zur Bekämpfung des Menschen Schmuggels sind in der Schweiz etabliert. Leider fehlen die personellen Ressourcen, um den Menschen Schmuggel mit der notwendigen Durchschlagskraft aktiv zu bekämpfen. Für die Bekämpfung des Menschen Schmuggels kann nur auf Nadelstiche oder Zufallsfunde gesetzt werden. Die Polizei trifft bei Kontrollen immer wieder Personen an, die nicht gemeldet sind. Unser Rat appelliert in dieser Hinsicht an die Gemeinden, ihre Kontrolltätigkeit bei der Einwohnerregistrierung zu verstärken. Präsenz und regelmässige Kontrollen sollen eine abschreckende Wirkung zeigen. Zudem sollten wieder dauernd Grenzkontrollen durchgeführt werden, wie es in Deutschland und Österreich vorgelebt wird. Fazit: Der Kanton Luzern ist bei kriminellen Organisationen begehrt, die Gefängnishotellerie ist voll, und die Wartelisten sind lang. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft benötigen dringend mehr Ressourcen. An dieser Stelle möchte ich der Polizei für ihre Präsenz während der Sessionen danken.

Anja Meier: Die Fragen wurden aus Sicht der SP-Fraktion nachvollziehbar beantwortet. Kriminelle Schlepper und ihre Netzwerke nutzen die Not und Hoffnung der Flüchtenden skrupellos aus, ohne Rücksicht auf ihren Verbleib. Die Tragik dieser Schicksale macht uns betroffen. Die Thematik ist komplex, und für eine effektive Bekämpfung des Schlepperwesens braucht es auf verschiedenen Ebenen wirksame Massnahmen: Prävention, Strafverfolgung, Opferschutz und vor allem grenzüberschreitende Zusammenarbeit, sei es interkantonal oder international. Die Tatsache, dass Luzern schweizweit einer der Hotspots der organisierten Kriminalität und des Menschenhandels ist, rührt nicht von irgendwo her. Das ist eine untrennbare Auswirkung der Sparmassnahmen der letzten Jahre und der nach wie vor noch äusserst angespannten Ressourcenlage bei der Luzerner Polizei, insbesondere im Bereich der organisierten Kriminalität. Auch heute sind wir im Vergleich zu anderen Kantonen äusserst schmal dotiert, obwohl wir die richtigen und wichtigen Aufstockungen angestossen haben. Das ist auch aus der Antwort des Regierungsrates ersichtlich. Die personellen Ressourcen und die Durchschlagskraft fehlen, und man kann nur auf Nadelstiche und Zufallsfunde setzen. Gerade bei den Dunkelfelddelikten führt das zu einer empfindlichen Einbusse an Effektivität in der Bekämpfung des Schlepperwesens. Aus unserer Sicht ist deshalb eine Ressourcenerhöhung bei der Luzerner Polizei, aber auch bei der Staatsanwaltschaft im Bereich der organisierten Kriminalität unabdingbar, damit die Ermittlungen und Spezialkontrollen in den Gewerben mit einem hohen Risiko an Ausbeutung und Menschenhandel effektiv durchgeführt und die Opfer wirksam geschützt werden. Deshalb freuen wir uns über die zustimmenden Worte der Mitte- und der SVP-Fraktion. Die

Schlepperkriminalität ist ein grenzüberschreitendes Phänomen, deshalb ist auch Luzern auf eine gute Zusammenarbeit mit den Kantonen und dem Bund angewiesen. Aus Sicht der SP-Fraktion ist es einerseits wichtig, den Datenaustausch zu intensivieren, andererseits aber auch ein verstärktes Vorantreiben der koordinierten Aktionen mit anderen Polizeikörpern. Wir müssen uns fragen, welche weiteren Massnahmen nötig sind, um den Schlepperbanden ihr Handwerk effektiv zu legen. Das sind legale Fluchtwege für Menschen, die vor Konflikten, Verfolgung und Elend flüchten. Legale Fluchtwege ermöglichen es ihnen, ein Asylgesuch zu stellen, das nach einem rechtsstaatlichen Prozess abläuft und geprüft wird. Schlepper schlagen Profit aus der Verzweiflung. Diesem Geschäftsmodell können und müssen wir den Riegel schieben, unter anderem auch mit legalen Fluchtwegen, um die menschlichen Tragödien zu verhindern. Viele Hebel wie das Resettlement-Kontingent oder das Botschaftsasyl sind auf Bundesebene angesiedelt. Die SP-Fraktion appelliert an die Regierung, diese Anliegen auch beim Bund einzubringen.

Rahel Estermann: Ich komme auf die Ressourcen zurück. Unser Rat muss sich an der eigenen Nase nehmen. Es ist tatsächlich so, wie es Anja Meier ausgeführt hat: Der Kanton Luzern hat im Vergleich mit allen anderen Kantonen eines der kleinsten Polizeikörper. Dann kommt ein komplexes Phänomen wie die Schlepperkriminalität hinzu. Dabei geht es um sehr vulnerable Personen, und es stehen organisierte Verbrecher und Netzwerke dahinter. Das ist sehr aufwendig. Um dieses Problem anzugehen, werden sehr viele Ressourcen benötigt. Man kann Unzufriedenheit äussern, dass diesem Problem nicht die Wichtigkeit beigemessen wird, das ist so. Daraus ergeben sich aber zwei wichtige Konsequenzen: Erstens sollte man nicht sagen, dass die Luzerner Polizei mit ihrem kleinen Korps ineffizient agiert. Dem ist nicht so. Im Gegenteil, die Luzerner Polizei holt das heraus, was möglich ist. Zweitens sollte man sich bei der nächsten Budget- und Finanzdebatte bewusst sein, dass offenbar eine Wunschliste besteht, was man von der Polizei alles bekämpft haben möchte. Dafür müssen aber auch die angemessenen Personalressourcen und Finanzen gesprochen werden. Die Grünen verfolgen zwar keine Law-and-Order-Politik, aber wir waren diejenigen, die in den letzten zehn Jahren zusammen mit der SP-Fraktion den Ausbau der Polizei verteidigt haben. Ich wäre froh, wenn in Zukunft nicht nur von linker Seite anerkannt wird, dass der entsprechende Bereich finanziert werden muss, wenn von der Polizei eine gewisse Sicherheitsleistung verlangt wird. Inzwischen ist es wohl allen klar, dass diese Finanzierung in den letzten Jahrzehnten zu tief war.

Philipp Bucher: Für die FDP-Fraktion ist die Antwort des Regierungsrates schlüssig und nachvollziehbar. Wie die Regierung festhält, ist die Schlepperkriminalität ein komplexes Problem, nicht nur im Kanton Luzern, auch weil Schlepper oft nicht allein handeln und meist über verschiedene Netzwerke organisiert sind. Zudem ist es ein offenes Geheimnis, dass die Opfer von solchen Schleppern in Bereichen wie Prostitution, Gastgewerbe, Baugewerbe, Drogenhandel oder in Dienstleistungsbereichen wie Barbershops oder Nagelstudios ausgebeutet werden. Allzu oft werden in diesen Bereichen arbeitende Menschen über den Menschenhandel und Menschenschmuggel rekrutiert. Dabei schliesst sich der Kreis mit den Schlepperbanden. In den letzten Wochen konnten solche Machenschaften der organisierten Kriminalität in einer Berichtserie der «Luzerner Zeitung» nachgelesen werden. Dabei wird deutlich, wie verzweigt die Netzwerke sind. Staatsgrenzen setzen dabei keine Limite, geschweige denn Kantonsgrenzen. Ebenso ist erkennbar, dass die Organisationen in verschiedensten Tätigkeitsgebieten aktiv sind. In der Wirtschaft würde man von Diversifikation sprechen. Es ist klar, dass die Bekämpfung solcher kriminellen Tätigkeiten sehr herausfordernd ist und an die Organisation hohe Ansprüche gestellt werden. Dass dabei auch die Zuständigkeiten nicht so einfach zu regeln sind, ist ebenfalls verständlich. Immerhin

macht die Regierung glaubhaft, dass die Struktur zur Bekämpfung in der Schweiz in Form der Zusammenarbeit mit dem Fedpol und den kantonalen Polizeikörpern etabliert ist und funktioniert. Zudem ist es zweifellos dem hohen Organisationsgrad der Schlepperbanden geschuldet, dass die Bekämpfung dieser Kriminalitätsform – der organisierten Kriminalität überhaupt – und die Ermittlungen über sehr lange Zeitspannen hohe Personalressourcen in Anspruch nehmen. Das erwähnt die Regierung in ihrer Antwort, wenn sie feststellt, dass die Effektivität durch begrenzte personelle Ressourcen eingeschränkt ist. Aber die personellen Ressourcen sind nur ein Teil des Aspekts. Ein anderer ist, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen. In diesem Bereich werden Anwendungen und Hilfsmittel entwickelt, welche bei der Aufklärung von kriminellen Handlungen unterstützend wirken. In diesem Bereich müssen wir uns auch klar bewusst sein, wie weit wir den Datenschutz ausbauen wollen. Sonst kann der Effekt eintreten, dass der Datenschutz die Falschen schützt, nämlich die Kriminellen. Ich denke dabei an die umfangreichen Diskussionen über Themen der Videoüberwachung im öffentlichen Raum oder des Einsatzes neuer Datenbearbeitungsinstrumente bei der Polizei.

Martin Wicki: Die Kosten steigen bereits stark an, und die Polizei wird aufgestockt. Das hat unser Rat bereits beschlossen. Das zieht aber auch weitere Konsequenzen nach sich. Es muss ein Gefängnis gebaut werden, und die Stellen bei der Staatsanwaltschaft müssen ebenfalls aufgestockt werden. Diese Schlepper rekrutieren bereits auf unseren Schulhausplätzen Kinder, um Drogen zu verkaufen. Wir müssen also früher ansetzen und diese Schlepper bereits an der Grenze aufhalten können. Zudem müssen die Verfahren einfacher werden. Es kann nicht sein, dass die Polizei so viel unternehmen muss, um überhaupt reagieren zu können. Ein Problem ist der Datenschutz. Die Polizei muss teilweise Daten erfassen, die an einem anderen Ort schon vorhanden sind. So kann man doch nicht arbeiten. Das erklärt aber, weshalb wir so viele Stellen und Geld benötigen. Was wir benötigen, sind Abkommen und restriktive Prozesse.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Der Kanton Luzern liegt verkehrstechnisch auf der nationalen Nord-Süd-Achse. Auf dieser Route gibt es Reisende mit guten Absichten, aber auch kriminelle Netzwerke, die Schleppertätigkeiten ausführen und Menschen ausbeuten und ausnutzen. Das ist auch für den Kanton Luzern ein ernsthaftes Problem. Die exakte Anzahl Fälle und das Ausmass können wir nicht genauer als in der Antwort aufzeigen. Wie Sie richtig bemerkt haben, handelt es sich meistens um Zufallsbefunde. Die Prävention und Bekämpfung dieser Kriminalitätsform erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen der Polizei, der Staatsanwaltschaft, dem Amt für Migration und anderen kantonalen, aber auch nationalen Behörden. Das ist sehr aufwendig, und die personellen Ressourcen der Polizei sind beschränkt, aber nicht nur bei uns, sondern auch bei den anderen Zentralschweizer Kantonen. Wenn wir Aktionen durchführen, sind wir auf die Zusammenarbeit mit den anderen Körpern angewiesen. Das ist in der Zentralschweiz fast noch das grössere Problem, da in den kleineren Kantonen noch weniger Ressourcen vorhanden sind. Wir führen immer wieder zeitlich begrenzte und koordinierte Aktionen in sicherheits-, kriminal- oder verkehrspolizeilichen Bereichen durch. Diese Aktionen sind sehr aufwendig und personalintensiv. Dabei verfolgen wir das Ziel der Nadelstiche mit gezielten, koordinierten Aktionen oder auch mit Spezialkontrollen im Bereich des Sexgewerbes, des Gastgewerbes, des Baugewerbes oder des Drogenhandels sowie im Rahmen von Abklärungen wegen illegalen Aufenthalts in der Schweiz. Sie haben mehrmals auf die personellen Ressourcen hingewiesen. Weshalb reichen die Aufstockungen nicht aus? Die zugestandene Stellenaufstockung von 118 Stellen dient in erster Linie der breiten Stärkung aller

vernachlässigten Organisationseinheiten der letzten Jahre. Wir hatten einen Unterbestand, insbesondere im Bereich der Kriminalpolizei sowie der Sicherheits- und Verkehrspolizei. Aber das allein ist nicht ausreichend, um in bestimmten Bereichen gezielte Schwerpunkte vorzunehmen. Seit der Erstellung des Planungsberichtes haben sich die Verhältnisse und die Sicherheitslage geändert. Auch die Gesellschaft hat sich verändert. In den letzten zwei Jahren brachen geografisch relativ nahe zwei kriegerische Konflikte aus, deren negative Folgen wir auch in Luzern spüren. Wie von Philipp Bucher angeregt, möchten wir auch die Digitalisierung vermehrt nutzen. Die Digitalisierung bringt aber auch Nachteile mit sich. So haben Cybercrime-Delikte massiv zugenommen und steigen jährlich um etwa 30 Prozent an. Das sind sehr aufwendige Verfahren, weil diese oftmals ins Ausland führen und die Verfolgung somit ins Leere läuft. Das ist auch eine Realität. Die Digitalisierung bietet Chancen, wie etwa die digitale Justiz. Wir haben ein entsprechendes Projekt in diesem Bereich, aber es gibt auch sehr viele Nachteile, und wir hinken etwas hinterher, weil die neuen Kriminalitätsformen zu neuen Aufwendungen führen. Anlässlich einer Medienkonferenz der Polizei haben wir dargelegt, dass wir die Bekämpfung der organisierten Kriminalität verstärken und Schwerpunkte setzen wollen. Das ist auch ein Ziel des Legislaturprogramms. Wir planen im spezifischen Bereich der organisierten Kriminalität zusätzliche personelle Ressourcen, die Ihr Rat im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) genehmigen kann.